

6382/J XX.GP

### **ANFRAGE**

der Abgeordneten G. Moser Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Atomtransitverbot, Aktionspaket Baustopp des AKWs Temelin und Stilllegung  
des AKWs Bohonice

Mehrmals beschloß der Nationalrat ein mehrteiliges Aktionspaket zur Stilllegung des  
AKWs Bohunice (April 1998) und zur Verhinderung des Fertigbaus des AKWs Temelin  
(Mai und Oktober 1998).

Erst nach dem mit einer knappen Mehrheitsentscheidung gefällten Beschluß der  
tschechischen Regierung, das AKW Temelin trotz gegenteiliger Empfehlungen von  
internationalen Experten fertig zu stellen, kündigten verschiedene Regierungsstellen ein  
Aktionspaket gegen die Inbetriebnahme an. Im Zuge der vorrangingen Bemühungen,  
die Entscheidungsträger in Tschechien von der sicherheits - und wirtschaftspolitischen  
Widersinnigkeit des Projekts zu überzeugen, traten wiederholt österreichinterne  
Koordinationsmängel auf. Darüberhinaus fordern die Länder Salzburg, Oberösterreich,  
Niederösterreich und Wien einen offensiveren Anti - Temelin - und Anti - Bohunice - Kurs der  
Bundesregierung.

In Sachen Atomtransit zeigte erst das jüngste Tunnelunglück, das dringend Maßnahmen  
zur Reduktion des Transport - Gefährdungspotentials in Österreich gesetzt werden  
müssen. Dazu gehört auch ein generelles Atomtransit - Verbot. Im Sommer 1997, als  
Medien und Grüne darauf aufmerksam machten, daß es immer wieder auch zu  
Transporten hochradioaktiven Materials durch Österreich kommt, wurde ein derartiges  
Verbot in Aussicht gestellt, aber trotz mehrmaliger Urgenz der Grünen im Nationalrat  
bislang nicht im Rahmen des ebenfalls ausstehenden Atom - Verfassungsgesetzes  
umgesetzt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Warum wird erst nach der Entscheidung der tschechischen Regierung an die  
Erstellung eines Aktionspakets gegangen, und welche konkreten Maßnahmen für  
einen Atomausstieg wird das Paket jetzt enthalten?

2. Warum wurden die wiederholten Forderungen der österreichische Landtage, Landesregierungen und Landeshauptleute - beispielsweise ein Gipfelgespräch Klima - Zeman vor der Regierungsentscheidung in Prag - bei der Vorgangsweise der Regierung nicht berücksichtigt?
3. Wie werden Sie die jüngste Resolution der Landtagsabgeordneten aus Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Wien bzw. die Forderung der Landeshauptleute Pühringer und Pröll vom 27. Mai innerhalb der Bundesregierung sowie auf EU - Ebene umsetzen, in denen formuliert ist, einen Temelin - Baustopp als unabdingbare EU - Beitrittsvoraussetzung zu fixieren?
4. Haben die beiden Landeshauptleute in dieser Sache bereits persönlich vorgesprochen und mit Ihnen eine gemeinsame Vorgangsweise innerhalb der Bundesregierung und auf EU - Ebene geklärt?
5. Wann und in welcher Form wurde bzw. wird in den Vorverhandlungen (aquis - screening) zum Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union die Erstellung eines Atom - Ausstiegskonzept bzw. ein Temelin - Baustopp thematisiert?
6. Wann wurden auf EU - Ebene Gespräche über finanzielle Umstiegshilfen für den Atomausstieg geführt?
7. In welcher Form wurde die Fertigstellung des AKWs Temelin auf dem Kölner Gipfel angesprochen?
8. Wann und in welcher Form wurde gegenüber dem deutsche Bundeskanzler auf die Risiken der Inbetriebnahme des AKWs Temelin hingewiesen und eine gemeinsame Vorgangsweise beraten?
9. Wodurch soll in Hinkunft eine bessere Koordination der österreichischen Anti - Temelin - Aktivitäten gewährleistet sein?